

## Meereskräuseln statt *Red Wave*: Die US-Kongresswahlen 2022 in parteipolitischer Perspektive

Marco Bitschnau<sup>1</sup>

Im Deutschen spricht man bei überaus einseitigen Wahlausgängen von Erdrutschsiegen. Dasselbe Bild kennt man jenseits des Atlantiks zwar auch (die *landslide victories*), variiert es dort aber gerne mit den Mitteln der Meeresmetaphorik. Ein überwältigender, alles hinfortspülender Erfolg ist dort je nach Parteifarbe eine *red* oder *blue wave*;<sup>2</sup> weiter gesteigert wächst diese sich zum *tsunami* aus, in der abgeschwächten Form ist sie dagegen ein *ripple*, also ein sich kräuselndes, träge wellendes Geplätscher. Gibt es überhaupt keine Bewegung, ist schließlich meist von einem *neutral environment* die Rede, einer Art elektoraler Windstille, bei der alles so bleibt wie es ist. Dieses ozeanische Kategoriensystem ist natürlich eine deutliche Vereinfachung komplizierter Wahlrealitäten, in einer Zweiparteienordnung aber dennoch hilfreich, um Trends und Erwartungen nachzuspüren und sich aus jenem formenreichen Brettensortiment, das gerade die US-Politik ausmacht (zwei-jährige Wahlen in 435 *electoral districts* und einem rollierenden Drittel des Senats, dazu diverse Gouverneurswahlen, Staatsparlamentswahlen und Referenden) eine halbwegs stimmige Ergebnisschau zu zimmern. Eine *wave* oder ein *tsunami* kommen in diesem Sinne einer Abstrafung des jeweiligen Amtsinhabers gleich, der sich daraufhin möglichst reumütig und kooperationsbereit zeigen muss; ein *ripple* lässt sich wenigstens noch als Schuss vor den Bug deuten.<sup>3</sup>

Dass es bei den Kongresswahlen 2022, den ersten *midterm elections* (im Deutschen aufgrund ihrer Funktion als präsidialer Halbzeitmarker oft als Zwischenwahlen bezeichnet) der Biden-Regierung, auf einen hohen Wellengang zugunsten der oppositionellen Republikaner hinauslaufen würde, galt noch zu Beginn des Jahres als *fait accompli*. Grund dafür waren zunächst einmal die ökonomischen Rahmenbedingungen, denen maßgebliche Bedeutung für die Bewertung jeder neu ins Amt gelangten US-Administration zukommt. Ein leergefegter Arbeitsmarkt, medial aufbereitete Engpässe bei der Produktion von Babynahrung, sich

<sup>1</sup> Dr. Marco Bitschnau ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Neuenburg.

<sup>2</sup> Anders als es die politische Farbenlehre des alten Kontinents nahelegt, gilt rot als Parteifarbe der Republikaner, blau als die der Demokraten – dies jedoch erst, seit die *New York Times* und *USA Today* bei der Präsidentschaftswahl 2000 entsprechend konvergierten. In den Jahren zuvor war die Farbgebung noch weitgehend uneinheitlich und variierte von Wahl zu Wahl und Medium zu Medium. ABC färbte 1976 die für Gerald Ford stimmenden Staaten gar in ein kräftiges Ocker-gelb, wie es heute gemeinhin mit den Libertären assoziiert wird.

<sup>3</sup> Gelegentlich finden sich auch noch andere Sprachbilder (etwa *tidal wave* oder *sea change*). Vgl. D. C. Kozak (1995). Guest Editorial: The 1994 Midterm Political Earthquake and the New Face of the 104<sup>th</sup> Congress. *Presidential Studies Quarterly*, 25(2), 359–363.

nach einem Hoch zum Jahresende 2021 wieder eintrübende Börsenkurse und nicht zuletzt eine Inflation, die im Juni die Neunprozentmarke überschritt und im Oktober immerhin noch jenseits der sieben Prozent logierte,<sup>4</sup> legten die Möglichkeit einer Abstrafungswahl zumindest nahe. Dies umso mehr, als die Partei des amtierenden Präsidenten seit jeher mit den Tücken des *midterm*-Formats zu kämpfen hat. Allzu schnell scheint die Geduld des Wahlvolks aufgezehrt, vor allem, wenn der zu Beginn überreich versprochene *change* im Ödland tagespolitischer Ressortkämpfe versandet. Dagegen hat die Opposition zumeist leichtes Spiel, die Verlierer des letzten Urnengangs für eine Revanche zu mobilisieren. Den Eliten in der infamen Hauptstadt einen Denkkzettel verpassen, den Kongress säubern von Sykophanten und Ichlingern, der montesquiesken Vorliebe für *checks and balances* Geltung verschaffen: alles übliche Zwischenwahltopfen, die mal die eine, mal die andere Seite in Mandatskapital umzumünzen sucht.<sup>5</sup>

Das gelingt gemeinhin so gut, dass von den fünf Zwischenwahlen seit der Jahrtausendwende ganze vier als schallende Ohrfeige für den Amtsinhaber zu werten sind: 2006, 2010, 2014 und 2018. Die Ausnahme, der republikanische Erfolg 2002 (zwei Sitzgewinne im Senat, acht im Repräsentantenhaus), lässt sich zu einem Gutteil mit der medialen Allgegenwart des *war on terror* und der großen Unterstützung für die damals noch aussichtsreich scheinende Afghanistankampagne erklären – ein Geschenk für die Bush-Regierung, deren bereits bröckelnde Legitimität durch das *midterm*-Votum wieder an Stabilität gewann.<sup>6</sup> In den vier anderen Fällen fielen die Niederlagen dafür umso heftiger aus,<sup>7</sup> was die Erwartung von Parteifunktionären und Politberichterstatlern bis heute moduliert. Für sie gelten die *midterms* als Scheidelinie, nach der auch beliebte Präsidenten mit einer energisierten Opposition und eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten rechnen müssen: Weg von den Prestigeprojekten, hin zu knallhartem Sachgeschacher. Gelingt es dem Amtsinhaber, dabei wenigstens *wave* und *tsunami* abzuwenden (es also bei einem leichten Überschwappen zu belassen), dann muss das bereits als moderater Erfolg gewertet werden. Kann seine Partei gar Sitze hinzugewinnen oder neue Mehrheiten stellen, erledigt sich auch das Moderatheitsattribut.

---

<sup>4</sup> Dies jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat.

<sup>5</sup> Die Frage nach den konkreten Umständen und Determinanten verlorener Zwischenwahlen beschäftigt insbesondere die US-amerikanische Politikwissenschaft seit geraumer Zeit. Vgl. R. S. Erikson (1988). The Puzzle of Midterm Loss. *Journal of Politics*, 50(4), 1011–1029.

<sup>6</sup> Vgl. dazu im Einzelnen G. C. Jacobson (2003). Terror, Terrain, and Turnout: Explaining the 2002 Midterm Elections. *Political Science Quarterly*, 118(1), 1–22.

<sup>7</sup> Dabei gingen den Republikanern 2006 fünf Sitze im Senat und 31 im Repräsentantenhaus verloren, den Demokraten 2010 sechs im Senat und 63 im Repräsentantenhaus bzw. 2014 neun im Senat und 13 im Repräsentantenhaus und den Republikanern 2018 wiederum 41 im Repräsentantenhaus (bei allerdings zwei Zugewinnen im Senat). In jedem dieser Fälle gelang es der Oppositionspartei, die Mehrheit in zumindest einer der beiden Kammern neu zu erlangen.

Dieses Mal war – womit sich das Gesamturteil vorwegnehmen lässt – von beidem etwas dabei. Im zuvor paritätisch besetzten Senat (50-50<sup>8</sup>) konnten die Demokraten Angriffe auf Schlüsselsitze in Arizona, Georgia und New Hampshire überraschend mühelos abwehren und zugleich einen Erfolg in Pennsylvania (der republikanische Amtsinhaber Pat Toomey war nach zwölf Jahren nicht erneut angetreten) erzielen. Das Repräsentantenhaus wiederum ging zwar an die Republikaner verloren, dies aber denkbar knapp (213-222) und erst nach einem mehrtägigen Auszählmarathon, womit die Wucht der Niederlage erheblich abgemildert und in den medialen Hintergrund gerückt wurde. Eine deutliche Abkehr vom Muster der letzten Zyklen also, die ob der ungünstigen Ausgangslage direkt einen Schwall an Analysen und *hot takes* nach sich zog. Die Demokraten hätten gegen krawallige Republikaner mit Besonnenheit punkten können, räsionierten die einen. Sie hätten schlicht bessere Kandidaten gehabt, meinten die anderen. Und dritte wandten (wohl nicht gänzlich zu Unrecht) ein, dass es vor allem die Entscheidung des *Supreme Courts* zur Abtreibungsfrage gewesen sei, die das demokratische Wahlvolk in Scharen an die Stimmurnen getrieben habe (Tabelle 1).<sup>9</sup>

Tabelle 1: Ergebnisübersicht der Kongresswahlen 2022

		2020		2022		
		D	R	D	R	
<b>Senat</b>		50	50	51	49	<b>+1 D (PA)</b>
<b>Repräsentantenhaus</b>		222	213	213	222	<b>+9 R</b>
(CAD)	<i>Progressive Caucus</i>	95		99		
(CAD)	<i>New Democrat Coalition</i>	94		94		
(CAD)	<i>Blue Dog Coalition</i>	19		7 <sup>10</sup>		
(CAR)	<i>Republican Study Committee</i>		157		156	
(CAR)	<i>Republican Governance Group</i>		45		42	
(CAR)	<i>Freedom Caucus</i>		52		53	

Legende: Übersicht der Ergebnisse der Kongresswahlen 2022 im Vergleich zu den Kongresswahlen 2020. *D* und *R* bezeichnen dabei Demokraten und Republikaner, die Werte die Sitzanzahl (insgesamt 100 im Senat und 435 im Repräsentantenhaus) und *CAD* beziehungsweise *CAR* demokratische und republikanische *Congressional Caucuses*. Damit sind intrafraktionelle Zusammenschlüsse von Kongressabgeordneten gemeint, die sich grob entlang ideologischer Trennlinien bewegen, jedoch weder allumfassend (nicht alle Abgeordneten sind Mitglied eines *Caucus*) noch unbedingt auf Dauermit-

<sup>8</sup> Eine solche Konstellation kommt aufgrund des verfassungsmäßigen *tie-breaking*-Privilegs des Vizepräsidenten (also des Vorrechts, bei Stimmengleichstand mitzustimmen) einer Einsitzmehrheit der jeweiligen Präsidentenpartei gleich.

<sup>9</sup> Anders als häufig kolportiert, sieht das Mehrheitsurteil in *Dobbs v. Jackson Women's Health Organization* keinerlei Abtreibungsverbot vor, sondern stellt lediglich fest, dass die Verfassung ebenso wenig ein Recht auf Abtreibung kennt. Die Konsequenz ist (wie bei anderen Reizthemen: Todesstrafe, Cannabiskonsum, Waffenrecht) ein Einzelstaatsprimat in der Gesetzgebung und ergo eine Stärkung des föderalen Prinzips zum Preis rechtlicher Verflokkentepfichung.

<sup>10</sup> Es war erwartet worden, dass wenigstens 15 demokratische Abgeordnete der *Blue Dog Coalition* beitreten würden. Allerdings entschieden sich nach Zusammenkunft des neuen Kongresses zwei überraschend gegen einen Beitritt, während sechs weitere den *Caucus* aufgrund von organisatorischen Differenzen wieder verließen.

gliedschaft angelegt sind (Abgeordnete verlassen einen *Caucus* und treten einem anderen bei; *Caucuses* lösen sich auf und entstehen neu). Bei den Demokraten verfolgt der *Progressive Caucus* eine sozialdemokratisch-linksprogressive, die *New Democratic Coalition* eine moderat-liberale und die *Blue Dog Coalition* eine moderat-konservative Politiklinie. Bei den Republikanern ist das *Republican Study Committee* konservativ-wirtschaftsliberal und die *Republican Governance Group* zentristisch orientiert, während der *Freedom Caucus* libertären und teilweise auch radikal rechten Ideen nahesteht. Dennoch gilt, dass es mitunter eine größere Meinungsvielfalt innerhalb eines *Caucus* gibt als zwischen zwei *Caucuses*. (So wurde die innerrepublikanische Revolte bei der Sprecherwahl 2023 häufig als konzertiertes Manöver des *Freedom Caucus* dargestellt, obwohl eine Mehrheit seiner Mitglieder über alle Wahlgänge hinweg anstandslos mit der Gesamtpartei gestimmt hatte.) Zudem besteht die Möglichkeit, dass ein einzelner Abgeordneter Mitglied in mehreren *Caucuses* gleichzeitig ist.

### So much winning?

Was auch immer der Hauptgrund gewesen sein mag: Dass die *red wave* schon lange vor Erreichen des elektoralen Ufers gebrochen werden konnte, muss nach Lage der Dinge zunächst als erhebliche Stärkung Bidens gewertet werden, der bislang zwar einen soliden Krisenmanager abgab, den hochfliegenden und zum Teil unrealistischen Reformervorgaben aus den eigenen Reihen aber nur bedingt gerecht geworden ist.<sup>11</sup> Innerparteilich festigt er mit einem derart unverhofft guten Abschneiden seine Autorität, erstickt die Stimmen, die in ihm ein Auslaufmodell sehen und bringt sich somit für eine etwaige Wiederwahl 2024 (die vor allem von Fragen nach seinem Alter und Gesundheitszustand bestimmt werden dürfte) in eine komfortable Ausgangslage. Innerinstitutionell verschafft er sich dazu mit der Mehrstimme im Senat einen größeren Spielraum in Personalfragen und lindert die Kopfschmerzen, die ihm die bisherige Zusammensetzung der Kammer und das allzeit drohende Renegatentum der Senatoren Joe Manchin und Kyrsten Sinema bereitet hatten.<sup>12</sup> Der Verlust des Repräsentantenhauses ist demgegenüber zwar unglücklich, dürfte aber von vornherein in das legislative Kalkül der Demokraten eingepreist worden sein. Auf eine gewisse Art entlastet er Biden sogar, ermöglicht er dem Präsidenten doch, unbequeme Erwartungslagen abzuschwächen und gesetzgeberische *dead ends* öffentlichkeitswirksam an der republikanischen Obstruktion festzumachen. Gewiss hat kein Präsident Spaß daran, gegen ein ihm feindlich gesinntes Repräsentantenhaus zu regieren (das insbesondere in Budgetfragen gern die Muskeln spielen lässt<sup>13</sup>), doch liegt in jeder Feindschaft auch die Chance zur Profilschärfung und in jeder Gegenmehrheit die Chance zur Ausflucht.

<sup>11</sup> Vgl. u. a. M. Bitschnau (2022). In der Reformfalle: Eine Zwischenbestandsaufnahme der Präsidentschaft Joe Bidens zur Halbzeit. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 53(3), 653–666.

<sup>12</sup> Ibid. Sinema hat (in Erwartung einer umkämpften Wiedernominierung) die Demokraten im Dezember 2022 verlassen und firmiert seitdem offiziell als Unabhängige (*Independent*). Wie ihre Kollegen Bernie Sanders und Angus King ist sie aber nach wie vor Mitglied der demokratischen Senatsfraktion.

<sup>13</sup> Vgl. R. T. Meyers (2014). The Implosion of the Federal Budget Process: Triggers, Commissions, Cliffs, Sequesters, Debt Ceilings, and Shutdown. *Public Budgeting & Finance*, 34(4), 1–23.

Ohnehin zeigen die missglückten Abstrafungsbemühungen der Republikaner, dass Biden bei allem *negative campaigning* und allen Schmutzkübeleien längst nicht die gleiche Polarisierungsqualität zukommt wie seinen Vorgängern Barack Obama und Donald Trump. Galt der eine den Radikalen der Gegenseite als muslimischer Usurpator und Sozialist, der andere als eine überseeische Variante von Caligula oder Mussolini, so verläuft die allgemeine Animosität gegen den 80-Jährigen in weit gemäßigteren Bahnen. Sicher, da sind die, die ihm den Erfolg bis heute nicht verziehen haben, ihn einen Wahlbetrüger schimpfen und seinen Sohn Hunter vor dem Kadi sehen möchten, doch wirken selbst diese Empörungsfragmente an den Auswüchsen der letzten fünfzehn Jahre gemessen recht zahm. Es mag auch daran liegen, dass der Präsident eine ostentative Harmlosigkeit ausstrahlt, eine geradezu großväterliche Betulichkeit, bei der sich nun wirklich nicht der Verdacht aufdrängt, es mit dem Leibhaftigen zu tun zu haben. Nach über fünf Jahrzehnten in den Vor- und Hinterzimmern der Macht ist er überdies längst zur politischen *known quantity* gereift, deren sporadische Aussetzer man amüsiert oder peinlich berührt (aber eben nicht besorgt) zur Kenntnis nimmt.

Neben Biden als Zentralfigur verdienen unter den demokratischen Kandidaten zwei bisher auf der Bundesebene noch kaum in Erscheinung getretene Wahlsieger aus Pennsylvania Erwähnung: Josh Shapiro und John Fetterman. Shapiro, der *Attorney General* des Staates, schlug im Kampf um den Gouverneursessel zwar einen der schwächeren Republikaner – den Kapitolstürmer Doug Mastriano – aus dem Rennen, dies aber so souverän, dass viele Parteifreunde ihn schon heute zu Höherem berufen sehen. Inhaltlich neigt er dem moderaten Parteiflügel zu, steht für niedrige Unternehmenssteuern und mehr Polizei, hat sich aber zum Beispiel in Sachen Todesstrafe konsequent liberal positioniert. Den progressiven Kräften inniger verbunden ist indes der neue Senator Fetterman, ein bulliger Glatzkopf, der gerne in Hoodie und Funktionsshorts vor die Kameras tritt, dieser Eigenheit zum Trotz aber mit einiger Exekutiverfahrung als *Lieutenant Governor* unter Tom Wolf aufwarten kann. Nachdem er sich in den Vorwahlen deutlich gegen den einst als Hoffnungsträger gepriesenen Conor Lamb und in der Hauptwahl nicht minder deutlich gegen den TV-Kardiologen Mehmet Oz (den ersten muslimischen Senatskandidaten überhaupt) durchsetzen konnte, ist die initiale Skepsis bezüglich Fettermans *electability* jedenfalls der Freude über seinen hohen Wiedererkennungswert gewichen. Schon jetzt dürfte der Zweimetermann zu den bekannteren Gesichtern im US-Oberhaus zählen und gar an die mediale Durchschlagskraft eines Cory Bookers heranreichen.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Indes könnte Fettermans Gesundheit dem weiteren Aufstieg einen Riegel vorschieben: Im Wahlkampf erlitt er einen Schlaganfall; zwei Monate nach Mandatsantritt begab er sich zudem wegen anhaltender Depressionen in Behandlung.

Natürlich gibt es in den demokratischen Reihen auch eine Handvoll Verlierer (allen voran Nevadas abgewählter Gouverneur Steve Sisolak und die New Yorker Kongressdelegation), doch gemessen an der Erwartungslage sind es vor allem zwei Republikaner, für die die Wahl sich als enttäuschend bis desolat herausgestellt hat. Der eine ist der bisherige Minderheitsführer im Repräsentantenhaus Kevin McCarthy, bei dem die Sachlage klar erscheint: Er hat gepokert – und verloren. Bitter wird seine Niederlage vor allem dadurch, dass sie ja formal ein Sieg war, doch ein so blasser und schaler Sieg, dass er (gerade im Vergleich mit den fulminanten *midterm*-Erfolgen der Partei in der Obama-Ära) fast schon zwangsläufig als pyrrhisch gelten muss. Man mag hier an eine Fußballmannschaft denken, deren Fans einen Galaauftritt und Ballgezauber erwarten, dann aber doch mit spielerischer Magerkost, jeder Menge Nickligkeiten und einem Stochertor in der Nachspielzeit Vorlieb nehmen müssen. Und wie sich beim Coach einer solchen Mannschaft der Gedanke aufdrängen mag, seinen wenig inspirierenden Spielmacher beim nächsten Mal auf die Ersatzbank zu verbannen, hatten sich auch einzelne Abgeordnete der neuen Mehrheitsfraktion kurzerhand zur öffentlichen Demütigung des ungeliebten Frontmanns entschlossen. Nicht weniger als fünfzehn Urnengänge über fünf Tage waren vonnöten, um McCarthy als Nachfolger Nancy Pelosis zum *Speaker of the House* und damit auf den dritten Rang der US-Verfassungshierarchie zu wählen.<sup>15</sup> An die zwanzig eng mit dem *Freedom Caucus* verbundene Rebellen hatten den um seine politische Existenz kämpfenden Kalifornier zuvor immer wieder auflaufen lassen und an seiner Stelle Namen wie Jim Jordan, Kevin Hern, Byron Donalds und sogar Trump ins Spiel gebracht.<sup>16</sup>

Der umtriebige Ex-Präsident stellt dann auch den zweiten großen Verlierer des Abend dar. Anders als McCarthy hatte er zwar selbst *no skin in the game*, hätte aber dennoch gleich dreifach von einer dominanten republikanischen Performance profitiert: Erstens wäre sein Bezwingen Biden vor den Augen der Weltöffentlichkeit desavouiert worden.<sup>17</sup> Zweitens hätte er sich selbst zum eigentlichen Sieger des Abends ausrufen und erstes symbolisches Startkapital für eine erneute Präsidentschaftskandidatur sammeln können. Und drittens wäre ihm eine Riege dankbarer *down ballot*-Kandidaten zweifellos darin dienlich gewesen, seinen zuletzt schwindenden Einfluss auf die Gesamtpartei abermals zu festigen.<sup>18</sup>

---

<sup>15</sup> Es war dies das erste Mal seit 1923, dass die Wahl eines *Speakers* mehrere Durchgänge erforderte.

<sup>16</sup> Trump erhielt im siebten, achten und elften Wahlgang jeweils die Stimme von Matt Gaetz, der als sein Intimus (aber als scharfer Kritiker der Führungsmannschaft der Kongresspartei) gilt. Selbst hatte der ehemalige Präsident allerdings Partei für McCarthy ergriffen und dem Vernehmen nach auch etliche Telefonate zu dessen Gunsten getätigt.

<sup>17</sup> Eine deutliche Niederlage hätte zudem der schwelenden Nachfolgefrage der Demokaten neuen Zündstoff gegeben.

<sup>18</sup> Es wäre wohl eine Fehleinschätzung, der Mehrzahl der hochrangigen republikanischen Funktionsträger eine Trump-Affinität im engeren Sinne zu unterstellen. Gerade im Senat pflegte man die vergangenen Jahre – von Ausnahmen wie Marsha Blackburn und Tommy Tuberville abge-

So aber endete der Abend mit einem freudigen Biden, betretenen Gesichtern in Mar-a-Lago und einer ganzen Reihe MAGA-Akolythen (neben Mastriano auch Kari Lake und Herschel Walker), die sämtlich versagten, wo Trumps Kritiker (Brian Kemp und Ron DeSantis) zu reüssieren verstanden. Für die Partei ein Argument mehr, ihr seit jeher diffiziles Verhältnis zu *The Donald* grundlegend zu überdenken: Hatte man die zahlreichen Aussetzer des Wahlflorianers im Vorfeld der *midterms* noch wie üblich als unverfängliches Politikolorit verbucht,<sup>19</sup> sinkt angesichts der nun bereits dritten Schlappe in Folge die Toleranz für seine Eskapaden immer mehr. Die bramarbasierende Pose, der Narzissmus, die Disziplinlosigkeit, das taktische Unvermögen – all das nimmt man willig in Kauf, solange es nur den ersehnten Erfolg zeitigt. Doch bleibt eben dieser aus, gerät selbst die größte Trump-Enthusiastik irgendwann zum bloßen Prinzip Hoffnung.

### Die DeSantis-Frage

Wer den Schaden hat, braucht bekanntlich für den Spott nicht zu sorgen; und wer als selbsterklärter Dominator verspottet wird, ruft naturgemäß Konkurrenz auf den Plan. Dabei fällt derzeit vor allem ein Name immer wieder: Der von Floridas junglichem Gouverneur DeSantis, der seine Position 2022 mit einem grandiosen Wiederwahlergebnis gefestigt und damit eines der wenigen Glanzlichter inmitten all der republikanischen Mediokrität gesetzt hat. Schlug er 2018 den gegenwärtig unter Korruptionsanklage stehenden Linksdemokraten Andrew Gillum noch haarscharf mit nicht einmal einem halben Prozentpunkt Unterschied, waren es dieses Mal gegen seinen Ex-Parteifreund Charlie Crist erkleckliche 20(!). Für DeSantis ein Erfolg, der vor allem seinen Status als Alternative für die Präsidentschaftswahlen 2024 bestätigt. Nicht wenige halten ihn für den Mann, dem es gelingen kann, die Republikaner aus ihrem Trump-Dilemma (man kann nicht mit, aber auch nicht ohne ihn) zu befreien, kombiniert er doch geschickt die populäreren Idiosynkrasien des Genannten mit einem grundseriösen Auftritt, der bis weit in die Mitte der Gesellschaft ausstrahlt. Obwohl kein Ideologe im engeren Sinn, ist er mit seinem forschen Beackern kultureller Reizthemen zu einer Galionsfigur des Gegenwartskonservatismus avanciert. Obwohl kein Naturcharismatiker, gelingt es ihm scheinbar mühelos, Funktionärseliten und Parteibasis gleichermaßen für sich einzunehmen. Und obwohl als Südstaatler dem Washingtoner Politikbetrieb kulturell fremd, kann er mit makellosen Bildungsmeriten (Studium in Yale

---

sehen – ein eher funktionales Verhältnis zueinander, das bisweilen gar in offene Antipathie umschlug. Zum Beispiel soll Trump den damaligen Mehrheitsführer Mitch McConnell wiederholt als „piece of shit“ und „absolute loser“ betitelt haben, der den Demokraten zu willig entgegenkomme. Vgl. M. Haberman (2022). *Confidence Man: The Making of Donald Trump and the Breaking of America*. New York: Penguin Press.

<sup>19</sup> Darunter auch die kernige *Dealmaker*-Sentenz „Well, I think if they win, I should get all the credit. And if they lose, I should not be blamed at all.“

und Harvard) auch bei jenen *high-brow*-Konservativen punkten, die mit der wenig distinguierten Erscheinung Trumps schon immer gefremdelt haben.

Zugute kommt ihm dabei auch das Fehlen eines parteiinternen Kronprinzen; eine Position, für die in der Regel der Vizepräsident der Vorgängeradministration vorgesehen ist.<sup>20</sup> Da aber das metaphorische Tischtuch zwischen Trump und seinem ehemaligen zweiten Mann Mike Pence völlig zerschnitten daliegt – der eine warf dem anderen Verrat vor, der andere dem einen die Bedrohung seiner Familie –, ist aus dieser Richtung kaum Gefahr zu erwarten. Pence fehlen schlicht die Unterstützer und das Durchsetzungsvermögen, eine Kandidatur aus eigenem Recht lange am Leben zu erhalten. (In den allermeisten Vorwahlumfragen rangiert er im mittleren einstelligen Prozentbereich.) DeSantis dagegen verfügt schon ob seines Regierungsamts im nach Texas und Kalifornien einwohnerreichsten Bundesstaat über eine beträchtliche Hausmacht, die er mühelos in die machtpolitische Waagschale zu werfen versteht.<sup>21</sup> Auch aus der ausgedünnten republikanischen Senatsfraktion hat er nur wenig ernsthafte Konkurrenz zu befürchten: Josh Hawley hat zuletzt an Momentum eingebüßt, J. D. Vance sich bei seiner Jungfernwahl nicht gerade mit Ruhm bekleckert, Joni Ernst scheint mit ihrer Rolle zufrieden zu sein, Tim Scott schießt unverhohlen auf den Vizeposten, Rand Paul stößt mit seinem Libertarianismus zu viele Stammwähler vor den Kopf und Ted Cruz (immerhin der Zweitplatzierte 2016) würde zweifellos gern, doch dürften seine Felle längst Richtung Florida davongeschwommen sein. Ohnehin ist es in der *Grand Old Party* üblich, Plätze auf dem *presidential ticket* lieber Gouverneuren als Senatoren angedeihen zu lassen: Bush Jr. und Mitt Romney waren ebenso ehemalige Landesväter wie die Parteiikone Ronald Reagan, Pence oder Sarah Palin. Das Subsidiär-Immediate der Flächenherrschaft liegt der Partei schlicht näher als der oftmals zermürbende Büroflurblues Washingtons.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> So beispielsweise George H. W. Bush, der als amtierender Vizepräsident bei den republikanischen Vorwahlen 1992 als *default candidate* galt. Und auch bei den Demokraten konnte sich 2000 mit Al Gore ein populärer Vize die Nominierung ohne nennenswerte Konkurrenz sichern.

<sup>21</sup> Dies wohl zum Nachteil des ebenfalls aus Florida stammenden Marco Rubio. Der Senator, bei den Vorwahlen 2016 neben Ted Cruz und John Kasich einer von drei prominenten *Stop-Trump*-Kandidaten, ist derzeit klar ins zweite Glied gerutscht. Er dürfte keine realen Chancen haben, sich in einem bundesstaatsinternen Duell mit DeSantis zu behaupten.

<sup>22</sup> Entsprechend wird derzeit auch eine ganze Reihe von (Ex-)Gouverneurinnen für die Vizepräsidentchaftskandidatur gehandelt (das *ticket balancing* nach Geschlecht ist nicht erst seit der Cruz/Fiorina-Allianz auch bei den Republikanern im Kommen – man denke nur an die Paarungen DeSantis/Nuñez und Youngkin/Sears auf Bundesstaatsebene): Kristi Noem (South Dakota), Kim Reynolds (Iowa) und Nikki Haley (ehedem South Carolina). Haley hat von den Genannten mit dem Annoncieren ihrer Präsidentschaftskandidatur im Februar 2023 als Erste den Schritt aus der Deckung gewagt; ein probates Mittel, um *name recognition* aufzubauen und sich frühzeitig als mögliche *running mate* zu positionieren.

Diese für den Moment günstige Ausgangslage bedeutet indes nicht, dass DeSantis überall mit Palmzweigen willkommen geheißen wird wie weiland ein Triumphator nach siegreichem Feldzug. Schließlich ist das US-Politikgeschäft dafür bekannt, jahrzehntelange Karrieren ebenso umstandslos hervorzubringen wie es allzu kühne Ambitionen gnadenlos abzuwürgt. (Erinnert sei hier nur an die Kampagnen von Jeb Bush 2016 und Bernie Sanders 2020.) Das Hauptproblem für DeSantis ist diesbezüglich, dass er im Fall eines ernsthaften *presidential runs* geradezu zum Erfolg (das heißt: zur Kandidatur) verdammt wäre. Anderen würde man einen verunglückten Testlauf nachsehen, doch für einen Politiker seines Kalibers gälte mit dem Wechsel auf die nationalen Bühne wohl der Leitsatz *Aut Caesar aut nihil*. Schon aus diesem Grund wird er gut abwägen müssen, ob er die Konfrontation mit dem erneut kandidierenden Trump (der ihn zuletzt als Ron DeSanctimonious verspottet hat) tatsächlich suchen will oder nicht doch lieber auf eine Kandidatur 2028 hinarbeitet. Und ebenso, ob die Risiken eines solchen Aufschubs den Lohn konventionellerer Kampagnenverhältnisse wert sind.<sup>23</sup>

## Fluss und Stillstand

Zusammenfassend lassen sich auf parteipolitischer Ebene also gegenläufige Effekte der *midterms* konstatieren. Bei den Demokraten kann von einer innerparteilichen Stabilisierung gesprochen werden, einer Selbstbehauptung Bidens und einer strategischen Niederlage der Parteilinken (die wenig mit dem Kurs des Präsidenten anzufangen weiß und der ein Machtvakuum an der Spitze gut zupass käme). Bei den Republikanern hat sich hingegen mit dem von DeSantis angeführten Durchmarsch in Florida ein Moment der Fluidität und Dynamik eingestellt, wobei sich die einzelnen Folgen erst in den kommenden Monaten herauskristallisieren dürften. Zweifellos wächst innerhalb der Partei der Wunsch, baldmöglichst auf die Siegerstraße zurückzukehren und die Abhängigkeit von Trump und seiner Kamarrilla zu reduzieren – es bleibt aber fraglich, ob sich die damit verbundenen Interessenskonflikte am Ende in einigermaßen beherrschbare Bahnen lenken lassen. Die Demokraten würde auf jeden Fall jubilieren, sollte im Juli 2024 ein angezählter Herausforderer die Nominierungsbühne des Fiserv Forums zu Milwaukee betreten.

Neben diesen gegenläufigen Grundmotiven bieten die Zwischenwahlen natürlich immer auch die Möglichkeit zur wahlgeografischen und -demografischen Pegelmessung. Dabei ist in Bezug auf erstere festzustellen, dass sich die Makrotrends der vergangenen Jahre merklich abzuschwächen, ja, zum Teil sogar umzukehren scheinen; ein Umstand der in besonderem Maße auf die Kerngebiete des

---

<sup>23</sup> Wobei zu berücksichtigen ist, dass DeSantis 2026 nicht noch einmal als Gouverneur antreten kann. Wie viele andere Bundesstaaten erlaubt auch Florida nur zwei konsekutive Amtszeiten, womit ein Amtsinhaberbonus hinfällig wäre.

Mittleren Westens (den *rust belt*) und Südens (den *sun belt*) zutrifft.<sup>24</sup> Noch 2016 galt hier nach Trumps Erfolgen in Michigan, Pennsylvania und Wisconsin sowie dem relativ starken Abschneiden Hillary Clintons in Sonnengürtel-Metropolen wie Austin und Atlanta die Annahme einer allmählichen Umkehrung des *Status quo*. Der Mittlere Westen, gefangen in einer postindustriellen Tristesse und ergo anfällig für protektionistische Bestrebungen jeder Couleur, werde in Zukunft immer mehr den Republikanern zuneigen. Der Süden, jung und wirtschaftlich im Aufwind, biete wiederum den Demokraten einige Expansionsmöglichkeiten. Zuweilen wurde das Ganze gar auf eine Art doppelten Wettlauf heruntergebrochen: Gelingt es den Republikanern, sich zeitnah in Madison und Harrisburg festzubeißen? Oder kommen ihnen die Demokraten zuvor, indem sie als Folge zunehmender Binnenmigration den *red giant* Texas knacken? In beiden Fällen wären die Auswirkungen auf Bundesebene gravierend und würden den Erfolgsaussichten der Gegenseite einen schweren Schlag versetzen.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2020 hielt dieser Trend zumindest noch dahingehend, dass etliche Schwergewichte des Südens weiter in Richtung der demokratischen Einflussphäre rückten. Biden siegte als erster Demokrat seit Bill Clinton in Arizona und Georgia, arbeitete sich in Texas bis auf fünfeinhalb Prozent an Trump heran (Obama hatte den *Lone Star State* 2012 noch mit 16 Punkten Unterschied verloren) und nahm selbst im konservativen Mormonenstaat Utah die zuletzt 1968(!) von Hubert Humphrey übersprungene 35-Prozent-Hürde. Sein Gegner hätte erneut das komplette Midwest-Dreigestirn Pennsylvania, Michigan und Wisconsin für sich gewinnen müssen, um diese Stimmhypothek wettzumachen,<sup>25</sup> doch scheiterte er bekanntlich in allen drei Fällen und damit auch in Sachen Wiederwahl. An diesem Erwartungshorizont gemessen waren die *midterms* 2022 für die Südstaatendemokraten weit weniger erfolgreich. In Georgia konnte Raphael Warnock zwar seinen 2020 errungenen Senatssitz mühsam verteidigen (51-49), doch sah sich die erneut glücklose Stacy Abrams im Kampf um die *Governor's Mansion* regelrecht deklassiert (46-53).<sup>26</sup> In North Carolina verpasste derweil Cheri Beasley trotz respektabler Umfragewerte einen Sieg gegen Ted Budd (47-51). Und in Texas rückte das Stimmvolk im Aggregat aller 38 Kon-

---

<sup>24</sup> Im Fall des Mittleren Westens ist diese Abgrenzung elementar, da andernfalls auch tiefrepublikanische Agrarstaaten wie Missouri, Nebraska oder die beiden Dakotas in die Definition miteinbezogen würden.

<sup>25</sup> Eine Zwei-Staaten-Kombination hätte hier schon nicht mehr gereicht; auch bei einem hypothetischen Erfolg Trumps in Pennsylvania und Michigan hätte Biden *ceteris paribus* mit 270 zu 268 Wahlmännerstimmen obsiegt.

<sup>26</sup> Bereits 2018 fuhr Abrams – wenn auch denkbar knapp (49-50) – eine Niederlage gegen Kemp ein, weigerte sich in einem an Trump erinnernden Manöver aber, das Votum anzuerkennen („Let's be clear, this is not a speech of concession ...“). Seitdem scheint ihr Stern sichtlich im Sinken begriffen.

gressrennen<sup>27</sup> gar um annähernd sechs Prozent von der Biden-Partei ab (38-58). Auf der anderen Seite konnten demokratische *Midwest*-Gouverneure wie die wegen ihrer harten COVID-19-Politik in die Schusslinie geratene Gretchen Whitmer (55-44) und der Ex-Schulfunktionär Tony Evers (51-48) ebenfalls antiklimaktische Erfolge feiern. Insgesamt also eher eine Regression in Richtung der frühen 2010er-Jahre als etwas grundlegend Neues.

Was die demografischen Entwicklungen anbelangt, stellt sich die Sache komplizierter dar. Auf der einen Seite sind die Wahlkoalitionen beider Parteien wie in den Jahren zuvor weitestgehend stabil; auf der anderen zeigt sich bei näherer Betrachtung aber eine leichte Verschiebung der dominanten *electoral cleavages* von Herkunft und Ethnizität („Race“) zu Geschlecht und Bildung. Zwar stehen die Afroamerikaner noch immer umstandslos an der Seite der Demokraten (83-14), doch anderswo bröckelt die vielbeschworene Minderheitenkoalition der Biden-Partei immer mehr. Unter den *Hispanics* entschieden sich 2022 nicht einmal mehr sechs von zehn Wählern für sie (56-39), was nicht nur den schlechtesten Wert seit 2004, sondern zugleich auch ein Absacken um neun Prozentpunkte gegenüber 2018 darstellt.<sup>28</sup> Und auch bei den Asiatischstämmigen – noch immer die am raschesten wachsende Bevölkerungsgruppe – waren die Zahlen schon einmal besser (64-34). Verbreitert hat sich dagegen die Lücke zwischen den Geschlechtern, wobei die Unterschiede bei den Frauen nur gering erscheinen mögen (49-48 für die Demokraten), bei den Männern dafür umso prononcierter ausfallen (54-43 für die Republikaner). Ein ähnliches Bild findet sich auch im Verhältnis der Wähler mit (53-45 für die Demokraten) und ohne (55-42 für die Republikaner) Hochschulabschluss,<sup>29</sup> überraschenderweise aber nur sehr eingeschränkt zwischen verschiedenen Gehaltsklassen. Sowohl Gutverdiener mit einem Haushaltsjahreseinkommen jenseits der 100.000 US-Dollar (50-48 für die Republikaner) als auch Geringverdiener mit unter 50.000 US-Dollar (50-49 für die Republikaner) sind in ihrem Stimmverhalten erstaunlich deckungsgleich gespalten.

---

<sup>27</sup> Es ist hier einschränkend anzumerken, dass die Republikaner in vier ländlichen Wahlbezirken (dem sechsten, elften, fünfundzwanzigsten und einunddreißigsten *electoral district*) keinen Gegenkandidaten hatten und in zwei weiteren (dem neunzehnten und sechsundzwanzigsten) nur gegen Unabhängige und Libertäre antraten.

<sup>28</sup> Diese und alle weiteren Werte entstammen dem AP VoteCast Survey und finden sich in komprimierter Form in J. K. Chen, C. Alcantara & E. Guskin (2022). How different groups voted according to exit polls and AP VoteCast. *Washington Post*, <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/11/08/exit-polls-2022-elections/>. Bestimmte Werte können je nach Bezugsquelle leicht schwanken; so gibt etwa ein *fact sheet* der AS/COA (auf das sich auch die Angabe zum hispanischen Wahlverhalten im Zeitverlauf stützt) für die *Hispanics* 60-39 statt 56-39 an. Vgl. dazu im Einzelnen J. Vilcarino & C. Harrison (2022). Chart: How U.S. Latinos Voted in the 2022 Midterm Elections. *American Society/Council of the Americas*, <https://www.as-coa.org/articles/chart-how-us-latinos-voted-2022-midterm-election>.

<sup>29</sup> Womit die Kategorie ohne den sonst häufig anzutreffenden „Some College“-Block auskommt.

Von der demokratischen Warte aus dürften die einschneidenden Verluste unter den *Hispanics* wohl am beunruhigendsten sein – zumal sich immer mehr abzeichnet, dass das Gros dieser Gruppe zwar wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen unterstützt, mit dem überbordenden Gesellschaftsprogressivismus der Partei und ihrer postmaterialistischen Ausrichtung aber ordentlich über Kreuz liegt. Die an die vierzig Jahre alte Vermutung Reagans („[They] are Republicans. They just don’t know it yet ...“<sup>30</sup>) scheint sich auch dahingehend zu bewahrheiten, dass die Kinder und Enkel der Einwanderergeneration häufig bereits in die Mittelschicht aufgestiegen sind und etwa in der Forderung nach robuster Grenzsicherung nichts Anstößiges erkennen können. Schon der für seine Äußerungen zu *Mexican rapists* berüchtigte Trump konnte 2016 mehr hispanische Wähler für sich gewinnen als sein betont konziliant auftretender Vorgänger Romney,<sup>31</sup> „[a fact that] left many people scratching their heads but maybe shouldn’t have.“<sup>32</sup> Vielmehr macht die anhaltende hispanische Liaison mit dem Rivalen deutlich, dass der *minority approach* der Demokraten ab einem gewissen Punkt eben doch an seine politpraktischen Grenzen stößt. Zu umfassend sind schon heute die lebensweltlichen Unterschiede zwischen einem afroamerikanischen Hilfskoch aus Oakland und einer koreanischstämmigen IT-Expertin aus dem nahen *Silicon Valley*, als dass sich beider Interessen in einen naturalisierten Gleichförmigkeitsrahmen einpassen ließen. Solange die demokratische Strategie dem Zwang unterliegt, die Stimmenanteile dieser und anderer Minderheiten mit enormen Siegesmargen zusammenzubinden (weil bei der ländlich-weißen Mehrheitsbevölkerung partout kein Stich zu machen ist), solange bleibt sie immanent schwankungsanfällig. Anders gesagt: Die Republikaner können es sich leisten, sich nur auf einen Wählerblock zu fokussieren, dessen *turnout* es in immer neue Höhen zu treiben gilt. Die Demokraten hingegen haben ein gutes halbes Dutzend Anspruchsgruppen mit zunehmend auseinanderfallenden Interessenslagen und Präferenzstrukturen zufriedenzustellen.

Insofern gibt die Trendlinie beiden Parteien zu denken. Die Demokraten müssen Acht geben, nicht zu einer verakademisierten Minderheitenvertretung bei abnehmender Minderheitenattraktivität zu geraten. Den Republikanern stünde es auf der anderen Seite gut an, zu hinterfragen, wie lange sich ihr auf Affektkultivation fußendes Politmodell angesichts der Pluralisierung und Suburbanisierung einstiger Stammlande noch trägt. Die einen genießen zurzeit zwar den größeren Erfolg,

---

<sup>30</sup> Zitiert in S. L. Connaughton (2005). *Inviting Latino Voters: Party Messages and Latino Party Identification*. New York: Routledge, 42.

<sup>31</sup> Vgl. A. J. Corral & D. L. Leal (2020). Latinos por Trump? Latinos and the 2016 Presidential Election. *Social Science Quarterly*, 101(3), 1115–1131. Siehe auch die Ausführungen in P. Adorf (2021). Die Republikanische Partei nach den Wahlen 2020: Nach oder inmitten der *Trump*-Ära? *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 52(2), 289–313.

<sup>32</sup> M. D. Brewer & R. J. Powell (2022). The Evolution of the Republican Party Coalition, 1968–2020. In: J. C. Lucas, T. S. Sisco & C. J. Galdieri (eds.), *Polarization and Political Party Factions in the 2020 Election* (151–168). Lanham: Lexington Books, 165.

stehen aber dennoch wackliger da als noch zu Beginn des Jahrtausends prophezeit,<sup>33</sup> während die anderen sich bis heute nicht entscheiden können, ob Trumps Gepolter nun die Zukunft ihrer Partei darstellt oder eine Sackgasse. Bei all dem muss freilich berücksichtigt werden, dass zu allen Trends immer auch Gegen-trends gehören und ganzheitliche Analysen schon ob der föderalen und personalisierten Verfasstheit des US-Parteienwesens nur schwer vorzunehmen sind: Was für die Führungsgremien beider Parteien von entscheidender Bedeutung ist, mag den Gouverneur von Oregon oder Senator von Oklahoma vollkommen kaltlassen und *vice versa*.<sup>34</sup> Gerade in Europa neigt man häufig dazu, diese Widersinnigkeiten entweder zu ignorieren oder so sehr zu vereinfachen, dass die plurizentrisch durchwirkte US-Realität in das hiesige Wahrnehmungskorsett passt.<sup>35</sup> Unabhängig von den Entwicklungen der kommenden Monate gilt insofern auch für die hier angestellten Beobachtungen ein gewisser Partikularitätsvorbehalt.

---

<sup>33</sup> Etwa in J. B. Judis & R. Teixeira (2004). *The Emerging Democratic Majority*. New York: Scribner.

<sup>34</sup> So ist ein demokratischer Gouverneur in Louisiana (John Bel Edwards) in Inhalt und Habitus noch immer merklich konservativer als sein republikanisches Pendant in Vermont (Phil Scott).

<sup>35</sup> Dies auch in Bezug auf Parteiartefakte wie Wahlprogramme (*election platforms*), die in der politischen Praxis einen noch marginaleren Stellenwert einnehmen als hierzulande.